

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Das Jahr 2021 geht zu Ende. Der Bundestag hat seine letzte Sitzungswoche in diesem Jahr abgeschlossen. Weihnachten und Neujahr 2022 stehen vor der Tür.

2021 war ein ereignisreiches Jahr. Es begann mit guten Nachrichten für Bürger und Familien. Die damalige unionsgeführte große Koalition erhöhte das Kindergeld um monatlich 15 Euro je Kind. Zugleich gab es steuerliche Entlastungen durch die Anhebung des steuerfreien Existenzminimums und der Schwelle für den Spitzensteuersatz. Mehr Netto vom Brutto also.

2021 war aber auch ein weiteres Jahr, in dem die Corona-Pandemie nicht nur Politik und Schlagzeilen, sondern vor allem unser aller Leben massiv mitbestimmte. Mit der Impfkampagne seit Jahresbeginn haben wir wesentliche Fortschritte bei der Pandemiebekämpfung erreicht. Mit einem breiten Bün-

del von Hilfen haben wir zudem Betriebe und Arbeitnehmer unterstützt, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abzufedern.

2021 war auch das Jahr der schweren Hochwasserkatastrophe in Westdeutschland, das viele Menschen das Leben kostete und schwerste Schäden anrichtete. Die Beseitigung wird noch viel Zeit und Geld beanspruchen. Die Menschen

in den Hochwasserregionen benötigen auch weiter unsere Solidarität.

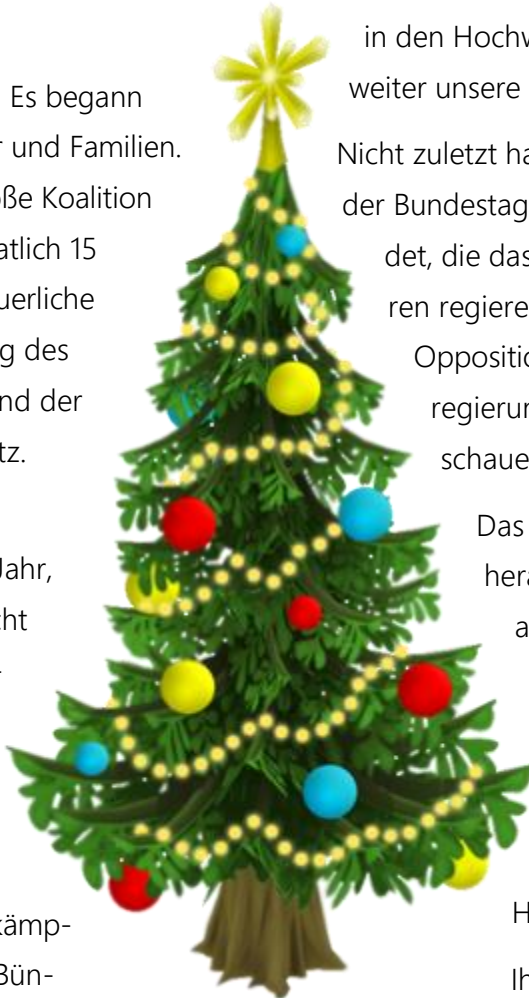
Nicht zuletzt haben SPD, Grüne und FDP nach der Bundestagwahl eine neue Koalition gebildet, die das Land in den nächsten vier Jahren regieren wird. Die CDU/CSU als größte Oppositionsfraktion wird dieser Bundesregierung sehr genau auf die Finger schauen.

Das Jahr 2022 wird nicht weniger herausfordernd werden als das nun ablaufende.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiche neues Jahr 2022.

Herzlichst

Ihr Sebastian Brehm



Beauftragter für Religionsfreiheit bleibt

Das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit soll es auch künftig geben. Nachdem die CDU/CSU-Fraktion in dieser Woche einen Antrag in den Bundestag einbrachte, sicherte die zuständige Ministerin Svenja Schulze den Erhalt dieses 2018 auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion geschaffenen Amtes zu. Damit wurde eine Lücke im Koalitionsvertrag geschlossen. Traurig ist nur, dass es erst eines CDU/CSU-Antrags bedurfte, um die neue Koalition zu diesem Bekenntnis zu bewegen.

Sebastian Brehm: „Religionsfreiheit ist ein zentrales und unveräußerliches Menschenrecht. Staatliche und nicht-staatliche Diskriminierung und Verfolgung aus religiösen Gründen geht vielfach mit der Verletzungen auch anderer Menschenrechte einher. Betroffen sind vor allem Christen in aller Welt. Deshalb war und ist der Beauftragte für weltweite Religionsfreiheit von besonderer Bedeutung in der Menschenrechtspolitik.“

Fragliche Haushaltspolitik

2021 stand neben der Bekämpfung der Corona-Pandemie in den Krankenhäusern auch unter dem Stern der Wirtschafts- insb. der Unterneh-

menshilfen, um die Krise zu überwinden. So genehmigte das Parlament in seinem Haushalt unter Einhaltung der Schuldenbremse (Notsituation) 2021 insgesamt einen Kreditrahmen von etwa 240 Mrd. Euro explizit zur Bekämpfung der Pandemie. Bis zum Ende dieses Jahres werden etwa 180 Mrd. Euro in Anspruch genommen.

Anstatt die nicht genutzten Kreditermächtigungen in Höhe von 60 Mrd. Euro verfallen zu lassen, geht die Ampel-Regierung nun einen ungewöhnlichen und rechtlich höchstproblematischen Weg. Sie braucht Mittel zur Finanzierung ihres Koalitionspaketes, besonders ihrer Klima-Pläne.

Die neue Ampel-Koalition nimmt diese 60 Mrd. € als Kredit auf und weist sie einem Klima- und Transformationsfonds zu. Sie schafft damit einen Ausgabenpuffer für die nächsten Jahre. Möglich wird dies durch eine technische Änderung der Buchungsregeln im Haushaltsrecht. So müssen in den Folgejahren keine Schulden aufgenommen werden. Die Schuldenbremse wird umgangen.

Die Koalition betreibt somit eine kreditfinanzierte Rücklagenbildung. Haushaltsgrundsätze wie das Jährlichkeitsprinzip, das Wirtschaftlichkeitsgebot und die Kreditbegrenzungsregeln werden außer Kraft gesetzt. Es liegt eine Verletzung des parlamentarischen Budgetrechts nahe.

Sebastian Brehm: „Ich distanziere mich von diesen fraglichen Vorhaben der Ampel-Koalition. Es wiegt schon alleine schwer genug, an den Fundamenten unserer soliden Haushaltsregeln zu sägen, aber noch mehr Sorge ich mich um die damit verbundenen Folgen für die nächste Generation. In der Klimapolitik dringt die Koalition darauf, die Belange der nächsten Generation zu berücksichtigen. Für die Haushaltspolitik wünsche

ich mir konsequenterweise das gleiche Prinzip. Ich schließe mich deshalb der Ansicht an, dass eine Normenkontrollklage vor dem Verfassungsgericht nötig ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat diese bei erfolgreicher Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag bereits angekündigt. Meine Rede dazu finden Sie [hier](#) .

Darüber hinaus schlage ich vor, potenzielle Kredite nicht weiter auszunutzen, sondern unseren Haushalt zunächst auf Einsparmöglichkeiten zugunsten einer notwendigen Veränderung in der Klimapolitik zu prüfen. Es müssen Prioritäten an den richtigen Stellen gesetzt werden.“

Neuer Bundestag- Andere Führung

Der Bundeskanzler ist gewählt und die Tinte unter dem neuen Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien gerade frisch getrocknet. Nun kann unsere Oppositionsrolle als Unionsfraktion starten. Denn die eigentlichen Arbeitsgremien unserer parlamentarischen Demokratie, die Ausschüsse, haben sich in dieser diese Woche konstituiert. CDU und CSU haben ihre Mitglieder für die Ausschüsse nominiert und auch ihre Ausschussvorsitzenden.

Die CDU stellt mit Helge Braun den Vorsitzenden des wichtigen Haushaltsausschusses. Weitere Ausschussvorsitzende aus den Reihen der CDU sind: Michael Grosse-Bröhmer (ehemals 1. Parlamentarischer Geschäftsführer) (Wirtschaft), Elisabeth Winkelmeier-Becker (Recht), Hermann Färber (Ernährung und Landwirtschaft) und Jana

Schimke (Tourismus). Für die CSU übernehmen Daniela Ludwig den Vorsitz des Geschäftsausschusses und Alois Rainer den Vorsitz des Finanzausschusses.

Außerdem wurden die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. CDU-Fraktionsvorsitzenden gewählt: Jens Spahn, Mathias Middelberg, Nadine Schön, Hermann Gröhe, Dr. Johann Wadephul, Sepp Müller, Patricia Lips und Steffen Bilger. Für die CSU machen sich Andrea Lindholz, Dorothee Bär und Ulrich Lange stark.

Parlamentarische Geschäftsführer wurden für die CDU: Thorsten Frei, Nina Warken, Dr. Hendrik Hoppenstedt und Patrick Schnieder. Für die CSU übernimmt der Erlanger Abgeordnete Stefan Müller die Verantwortung.

Frauenpower für die MIT



Gitta Connemann ist neue Vorsitzende der einflussreichen CDU/CSU-Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) auf Bundesebene. Mit einem sehr guten Ergebnis, besonders getragen durch wirtschaftsstarke Landesverbände, wurde Gitta Connemann am 11. Dezember als Nachfolgerin von Carsten Linnemann gewählt.

Sebastian Brehm: „Ich bin davon überzeugt, dass Gitta Connemann die richtige Wahl ist. Sie ist in

der Lage, sich einer Sache aus voller Überzeugung zu verschreiben. Sie wird den Mittelstand durch die MIT mit einer starken Stimme vertreten. Ich wünsche ihr für ihre Arbeit Alles Gute und freue mich auf die gemeinsame Arbeit im Bundesvorstand.“

Neues aus dem Wahlkreis- Das Opernhaus soll bleiben!

Der Nürnberger Stadtrat hat sich für den Erhalt des Richard-Wagner-Platzes als Standort für alle Sparten des Staatstheaters Nürnberg ausgesprochen. Das denkmalgeschützte und markante Gebäude mit sei-



ner stadtbildprägenden Silhouette ist in die Jahre gekommen und bedarf einer Sanierung.

Kultur öffnet Horizonte, sie sorgt für Verständnis und manchmal auch für Unverständnis. Immer aber ist Kultur bunt und vielfältig und sie erzählt von Menschen, von ihren Geschichten, ihren

Ideen, ihrem Tatendrang und auch ihren Gefühlen. Das Nürnberger Stadttheater ist genau dafür ein zentraler Ort.

Herzlichen Dank für die Initiative an unseren Oberbürgermeister Marcus König, unsere Bürgermeisterin für den Geschäftsbereich Kultur, Prof. Dr. Julia Lehner sowie an die Kollegen aus der CSU-Stadtratsfraktion!

Eine Finanzierung steht derzeit noch aus. Die CSU-Stadtratsfraktion und ich werden an dieser Stelle jedoch versuchen, bestmöglich zusammenzuarbeiten, um eine potenzielle Förderung aus Bundesmitteln zu prüfen.

Ich begrüße darüber hinaus die Planungen, dass die Kongresshalle als Interimsspielstätte für die Zeit der Bauarbeiten genutzt wird.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.